

Gruppe („Fraktion“) DIE LINKE im Fürther Rathaus -

www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

5 Immer mehr Fürther Bürgerinnen und Bürger finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr oder müssen einen Großteil ihres Einkommens oder ihrer Rente für die Miete aufwenden. Aufgrund großen Engagements wurde zwar damit begonnen bezahlbare Wohnungen zu bauen. Trotzdem muss hier noch viel mehr getan werden. Wir haben noch einen langen Weg vor uns. Hierbei halten wir maximal 4,50 € pro Quadratmeter Kaltmiete für bezahlbar. Jeder große Bauherr sollte mindestens 30 Prozent der Wohnungen aus seinem Bestand in diesem
10 Preissegment anbieten.

Es kann nicht sein, dass trotz Wohnungsnot viele Wohnungen zu Spekulationszwecken leer stehen. Wir fordern daher, dass endlich eine Leerstandsverbotssatzung eingeführt wird. Durch diese Zweckentfremdungssatzung soll verhindert werden, dass dem Wohnungsmarkt dringend benötigter Wohnraum entzogen wird. Nach drei Monaten mutwilligen Leerstandes müssten Vermieter Bußgeld
15 zahlen oder eben günstiger vermieten. Eigentum verpflichtet und muss auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen, so steht es in unserem Grundgesetz.

Wir wollen, dass die Gewerbesteuer um 10 Punkte angehoben wird, was immerhin zu Mehreinnahmen i.H.v. 1,3 Millionen Euro führen würde. Übrigens erhöht die Stadt Nürnberg die
20 Gewerbesteuer ab 2018 sogar um 20 Punkte. Da schaffen wir doch locker die 10 Punkte. Wir wollen, dass die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums verwendet werden. (In welcher Form auch immer.)

Die erhöhte Feinstaubbelastung führt in Deutschland jährlich zu vielen tausend Todesfällen. Wir wollen daher in Fürth eigene Meßstellen, die die Umweltbelastungen, - aber auch die
25 Temperatur wegen des Klimawandels - erfassen. Wir fordern bei erhöhter Feinstaubbelastung den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Busse und U-Bahnen, kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Wir gehen davon aus, dass dann viele Menschen ihr Auto stehen lassen und den ÖPNV verwenden. Auch wenn die AutofahrerInnen möglicherweise selbst am meisten den Belastungen ausgesetzt sein sollten -halten doch sie sich
30 direkt auf den belasteten Straßen auf – ist die gesamte Bevölkerung hiervon betroffen. Ebenso benötigen wir deswegen endlich viel mehr Elektroladestationen, sowohl für Autos, als auch für Zweiräder und E-Bikes. Die schädlichen Emissionen müssen dringend verringert werden, wir brauchen eine bessere Luftqualität. Es obliegt der Stadt für saubere Luft zu sorgen, damit es den Bürgerinnen und Bürgern gut geht.
35 Auch die Anschaffung von Elektro-Lastenfahrrädern, was wir bereits beantragt haben, wäre ein Beitrag für eine bessere Luft ohne Schadstoffemissionen. Diese Lastenfahräder könnten bei der Stadt gute Verwendung finden.

Regelmäßig werden von allen Fraktionen und Gruppen im Stadtrat die jährlichen Fahrpreiserhöhungen, die sog. Atzelsberger Beschlüsse, kritisiert. Wenn die Kritik daran ernst
40 gemeint ist, muss diese Erhöhung endlich einmal ausfallen. Deswegen müssen wir bereits jetzt daran denken und Rücklagen hierfür bilden.

Insgesamt müsste noch viel mehr in den sozialen Bereich investiert werden. Wir wollen auf jeden Fall, dass das Mütterzentrum den beantragten Zuschuss erhält. Wenn dort mehr Arbeit zu verrichten ist, muss dementsprechend auch der Zuschuss erhöht werden.

45 Ebenso fordern wir, dass die Zuschüsse für die Jugendverbände erhöht werden.

Wir wollen taktile Tafeln, schön anzuschauende und auch zu ertastende Stadtpläne (oder Teile davon). Dies wäre ein Beitrag zur Inklusion und auch eine touristische Attraktion.

Die Soziokultur muss gefördert werden!

50 Wir wollen eine Unterstützung der Kofferfabrik, der Schule der Phantasie, ebenso wie des Vereins Fliederlich.

Wir halten es für falsch, dass nicht auf die Beiträge der Bedürftigen für die Volksbücherei verzichtet wurde. Dies wäre nur ein kleiner Haushaltsposten gewesen, den sich die Stadt problemlos hätte leisten können.

55 Wenn die Volksbücherei unentgeltlich wäre, würde sie noch mehr genutzt werden. Es dürfen hinsichtlich des Zugangs zu Bildung keine Barrieren bestehen! Wenn man sich schon ein Beispiel an der Stadt Nürnberg nehmen möchte, dann doch bitte im Hinblick auf die Erhöhung der Gewerbesteuer.

60 Wir, als wachsende Stadt, benötigen selbstverständlich mehr Personal, sowohl auf den Ämtern, als auch im sozialen Bereich oder in der Jugendarbeit. Wir fordern zudem die Aufstockung der Stelle der Behindertenbeauftragten, die mit der ihr zur Verfügung stehenden Stundenzahl die anfallenden Arbeit nicht erledigen kann.

Die Linke im Fürther Rathaus, 05.12.2017